

Herrn
amtsführenden Stadtrat
der Geschäftsgruppe
Soziales, Gesundheit und Sport
Peter Hacker

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Lisa Frühmesser-Götschober (FPÖ), Angela Schütz, MA (FPÖ) und Maximilian Krauss, MA (FPÖ) an Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Soziales, Gesundheit und Sport Peter Hacker zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Soziales, Gesundheit und Sport) für den Gemeinderat am 22.06.2026 - 23.06.2026.

Weibliche Genitalverstümmelung wirksam bekämpfen – Prävention, Früherkennung und Opferschutz in Wien stärken

Weibliche Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation – FGM) stellt eine schwere Menschenrechtsverletzung sowie eine Form geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Mädchen und Frauen dar. Die Betroffenen leiden häufig ihr gesamtes Leben unter erheblichen körperlichen und psychischen Folgen. Neben chronischen Schmerzen, Infektionen und Komplikationen bei Schwangerschaft und Geburt sind viele Frauen auch von Traumatisierungen betroffen. FGM ist eine schwere Verletzung der körperlichen Unversehrtheit sowie der Menschenrechte von Mädchen und Frauen.

Laut den im Jahr 2025 veröffentlichten Daten des FGM-Beirats der Stadt Wien sind österreichweit rund 11.000 Frauen von weiblicher Genitalverstümmelung betroffen, davon etwa 6.300 in Wien. Damit lebt mehr als die Hälfte der in Österreich

betroffenen Frauen in der Bundeshauptstadt. Gleichzeitig besteht weiterhin die Gefahr, dass Mädchen während Reisen in die Herkunftsländer ihrer Familien Opfer dieser Praktik werden.

Nach Angaben des Wiener Gesundheitsverbundes werden allein in der FGM-Ambulanz der Klinik Landstraße jährlich rund 60 Patientinnen betreut. Diese Zahlen verdeutlichen den bestehenden Handlungsbedarf im Bereich Prävention, Früherkennung und Opferschutz. Angesichts der Anzahl der Betroffenen erscheint jedoch eine weitere Intensivierung der Präventions- und Aufklärungsarbeit notwendig.

Da zahlreiche Fälle aus Angst, familiärem Druck oder fehlender Kenntnis über bestehende Hilfsangebote nicht bekannt werden, ist von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen gemäß §27 Abs.4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der amtsführende Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport wird aufgefordert, zu prüfen, inwieweit die bestehenden Präventions- und Schutzmaßnahmen gegen weibliche Genitalverstümmelung in Wien weiter ausgebaut werden können. Dabei sollen insbesondere

- die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe, Bildungseinrichtungen und Sicherheitsbehörden verbessert werden,
- Maßnahmen zur Sensibilisierung von Lehrkräften, Schulärzten, Sozialarbeitern und Mitarbeitern der Kinder- und Jugendhilfe hinsichtlich möglicher Gefährdungen durch sogenannte „Beschneidungsreisen“ während Ferienaufenthalten im Ausland getroffen werden,
- die Bekanntheit bestehender Hilfs- und Beratungsangebote erhöht werden,
- sowie Maßnahmen zur frühzeitigen Erkennung möglicher Gefährdungen von Minderjährigen evaluiert werden.

Dem Gemeinderat ist über die Ergebnisse dieser Prüfung und die daraus abgeleiteten Maßnahmen Bericht zu erstatten.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

